

**DTF**DEUTSCH-TÜRKISCHES FORUM  
DER CDU NORDRHEIN-WESTFALENDTF c/o CDU-NRW  
Wasserstr. 6  
40213 DüsseldorfTel.: 0211 – 136 00 80  
Fax: 0211 – 136 00 59Web: [www.dtf-online.de](http://www.dtf-online.de)  
Email: [info@dtf-online.de](mailto:info@dtf-online.de)

Düsseldorf, 01.03.2010

Pressemitteilung des Deutsch-Türkischen Forums der CDU Nordrhein-Westfalen

**DTF: Integrationspolitische Pläne der Landesregierung sind absolut richtig und notwendig**

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hat angekündigt, nach den Landtagswahlen ein Integrationsgesetz für Nordrhein-Westfalen zu verabschieden. Integration sei die Schlüsselaufgabe, wenn es um die Zukunft und die Einheit der Gesellschaft gehe. *„Die Förderung der Integration muss auf eine einheitliche Rechtsgrundlage gestellt werden. Sie muss gleichermaßen fördern und fordern. Alle Menschen, die in Nordrhein-Westfalen dauerhaft leben, sollen in diesem Land eine Heimat haben“*, so Rüttgers.

*„Wir unterstützen die Pläne der Landesregierung ausdrücklich. Denn sie stimmen mit unseren integrationspolitischen Forderungen überein, einen islamischen Religionsunterricht an nordrhein-westfälischen Schulen einzuführen und mehr Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst zu beschäftigen,“* unterstrich der Vorsitzende des Deutsch-Türkischen Forums der CDU Nordrhein-Westfalen, Bülent Arslan. Außerdem wird die Landesregierung eine Islamkonferenz ins Leben rufen. *„Der institutionalisierte Dialog zwischen staatlichen Vertretern und muslimischen Organisationen und Persönlichkeiten ist auch in Nordrhein-Westfalen notwendig. Dieser Weg bleibt ohne Alternative, da nur durch den Dialog religionspolitische Themen angegangen werden können. Dieses Miteinander wird ein WIR-Gefühl im Integrationsland Deutschland entstehen lassen, das für eine gelungene Integration von großer Wichtigkeit ist. Gerade auch was die Integration von Muslimen in unsere Gesellschaft betrifft,“* erklärte Arslan. Nordrhein-Westfalen habe integrationspolitisch viel auf den Weg gebracht. Die Landesregierung erkenne, dass es weiterhin Handlungsbedarf gäbe und weitere Schritte gegangen werden müssten, so Arslan.